



HESSEN BRAUCHT ENDLICH EINE NEUE POLITIK



Tarek Al-Wazir

Vom Schuldenkönig bis zur Vetternwirtschaft, vom vehementen Eintreten für die Laufzeitverlängerung des Schrottreaktors Biblis A bis zu Sparvorschlägen bei Bildung und Kinderbetreuung – die Schlagzeilen, die die schwarz-gelbe Landesregierung liefert, erinnern an das Märchen vom „Einen, der auszog, das Fürchten zu lernen“. Und das Fürchten lernen die hessischen Bürgerinnen und Bürger, doch das alles ist kein Märchen, ja noch nicht einmal ein schlechter Traum. Das alles ist hessische Wirklichkeit mit Ministerpräsident Koch.

Koch hat in den vergangenen elf Jahren seiner Regierungszeit mehr als ein Drittel aller Schulden aufgehäuft, die das Land Hessen je gemacht hat. Trotzdem darbt das Land in den Zukunftsfeldern:

In den Schulen ist keine wirkliche Verbesserung zu erkennen, vom einst ausgerufenen Bildungsland Nr.1 ist Hessen meilenweit entfernt. Beim Einsatz der erneuerbaren Energien ist Hessen nur auf einem der letzten Plätze unter den Bundesländern zu finden. Alles, was Industrie und Mittelstand in diesem

WAS DIE WIRTSCHAFT LEISTET KOMMT TROTZ UND NICHT WEGEN CDU UND FDP ZUSTANDE

Bereich leisten, kommt trotz und nicht wegen CDU und FDP zustande. Anstatt in die Zukunft zu investieren, beharren sie auf dem Ausbringen von Beton, sei es am Frankfurter Flughafen, dem Flughafen Kassel-Calden und bei Straßen. Der Straßenbauetat hat eine historisch noch nie vorhandene Höhe erreicht. Und anstatt hier mit dem Sparen zu beginnen oder auf den völlig überflüssigen Flughafen Kassel-Calden zu verzichten,

AUS DEM INHALT

Kassel-Calden	S. 2
Inklusion muss Schule machen	S. 3
Fluglärm	S. 4
Die Neue Schule	S. 5
Bildungsgärten	S. 6
Polizeichef-Affäre	S. 7
Gleichstellung	S. 8

fällt dem Ministerpräsidenten zuerst die Kinderbetreuung ein. Dass er einen bundesweiten Proteststurm los tritt, bestärkt ihn in der gewohnten Manier noch in seinen Ideen.

Auf die Spitze getrieben wird das alles durch die zahlreichen Affären der Landesregierung. Die von der CDU an das höchste hessische Gericht, den Staatsgerichtshof, berufene Richterin und CDU-Mitglied, Karin Wolski, trat erst zurück, nachdem ihr Mann wegen Steuerhinterziehung verurteilt worden war.

Fortsetzung S. 2

FINGER WEG VOM ATOMAUSSTIEG

Die bundesweiten Demonstrationen waren ein deutliches Zeichen an CDU und FDP

Der 24. April 2010 war ein riesengroßer Erfolg der Anti-AKW-Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Denn an diesem Samstag haben bundesweit 150.000 Menschen gezeigt, dass sie wollen, dass die Atomkraftwerke abgeschaltet werden. Damit wenden sie sich eindeutig gegen die Pläne der schwarz-gelben Bundes- und Landesregierungen.

In Biblis fand damit die größte Demonstration seit mehr als 20 Jahren statt. Es war ein fröhlicher, bunter aber ein in der Sache entschlossener Protest, der sagte:



Bei der Demonstration in Biblis waren unter über 10.000 Menschen viele GRÜNE. Bundesweit setzten ca. 150.000 Menschen ein deutliches Zeichen

Wir wollen, dass die Atomkraftwerke abgeschaltet werden und dass wir auf dem Weg zum Umstieg auf erneuerbare Energien konsequent weitergehen.

Die vier Atomkraftwerke, die Teil des Protests waren, nämlich Brunsbüttel, Brokdorf, Krümmel und Biblis, sind der Beweis dafür, dass wir die Atomenergie nicht brauchen. Denn Brunsbüttel und Krümmel sind seit Ewigkeiten abgeschaltet, und Biblis war in den letzten Jahren mehr abgeschaltet als am Netz, und es läuft auch jetzt nur mit gedrosselter Leistung.

Fortsetzung S. 3



Fortsetzung von S. 1

Das Gericht hatte eindeutig festgestellt, dass auch sie davon profitierte. Zur „Steuerfahnderaffäre“ wurde ein Untersuchungsausschuss eingerichtet. In diesem Fall waren vier Steuerfahnder durch gerichtlich als falsch bestätigte Gutachten zwangspensioniert worden. Der jüngste Untersuchungsausschuss zur „Polizeichefaffäre“ geht dem Vorwurf nach, Innenminister Bouffier habe ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofs missachtet, um einen Parteifreund auf einen Polizeipräsidentenposten unterzubringen.

WIR SETZEN KONTRAPUNKTE

Wir GRÜNE setzen zu diesem Armutszeugnis Kontrapunkte. So haben wir Konzepte zu Wegen aus der Schuldenfalle, der Neuen Schule, Bildungsgär-

ten und der Lehrerreform vorgestellt. Weitere Schwerpunkte bilden unsere Gesetzentwürfe, um den erneuerbaren Energien endlich auch in Hessen zum Durchbruch zu verhelfen. Dies geschieht sowohl im Bereich der Solar-, Windenergie und Geothermie als auch einer besseren Wärmedämmung und effizienteren Energieausnutzung.

DER WEG WIRD EIN DREIKLANG SEIN MÜSSEN

In den nächsten Wochen werden wir uns verstärkt der Herausforderung stellen müssen, wie Hessen aus der Schuldenfalle herauskommt. Als bisher erste und einzige Fraktion im Landtag haben wir ein solches Konzept vorgelegt. Zur Bewältigung der Herausforderung, die Schulden zu verringern, in einigen Bereichen aber auch zusätzliches Geld be-



Blühende Landschaften in Hessen - das liegt nicht an CDU und FDP

reit zu stellen, wird es einen Dreiklang aus Ausgabensenkungen, Effizienzsteigerungen und Einnahmeerhöhungen geben müssen. Dazu werden die Instrumente der hessischen Politik alleine nicht ausreichen, sondern es wird auch Maßnahmen auf Bundesebene geben müssen. Wir sind gespannt darauf, die Diskussion über die nötigen Konsequenzen aus der dramatischen Finanzlage mit vielen gesellschaftlichen Gruppen zu führen.

Fraktionsvorsitzender

KASSEL-CALDEN STOPPEN

Wirtschafts- wie finanzpolitische Vernunft für Stopp des Vorhabens

Schon wieder sind Details der Kostensteigerungen für den geplanten Ausbau des Flugplatzes Kassel-Calden an das Licht der Öffentlichkeit gekommen. Dabei erscheint es absurd, dass behauptet wird dass weder Sicherheitsauflagen, noch Anforderungen der Europäischen Kommission oder gar Verwaltungsgerichtskosten absehbar gewesen wären. Die Details der Kosten wurden durch eine Anfrage der GRÜNEN im Landkreis Kassel bekannt. Insgesamt soll der Ausbau das Land nach jetzigem Stand rund 250 Millionen Euro kosten und damit 74 Millionen Euro teurer werden als lange von den Ausbaubefürwortern behauptet wurde.



Der Himmelsstürmer braucht in Kassel keinen neuen Flughafen, sonst auch keiner

hätte den Verantwortlichen allerdings schon seit ihrer Veröffentlichung 2008 bekannt sein müssen. Auch die jetzt eingeplanten 11,4 Millionen Euro für sonstiges Unvorhergesehenes sprechen weiterhin nicht für die Seriosität der Finanzplanung.

DAS MILLIONENGRAB BRINGT DIE REGION NICHT WEITER

Wir fordern deshalb alle Beteiligten auf, inne zu halten, den Neubau sofort zu stoppen und den bestehenden Verkehrslandeplatz zu sanieren. Das Millionengrab eines Neubaus von Kassel-Calden bringt die Region nicht weiter, ihre Chancen liegen unter anderem in der Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien und der Elektromobilität. Mit einem Flughafen, von dem aus keiner fliegen will und der jeden Erwerbstätigen aus Stadt und Landkreis Kassel mehr Steuergelder kosten wird als er erarbeitet, kann die Region nicht voranbringen.

DIE FINANZPLANUNG IST UND BLEIBT UNSERIÖS

Es war schon vorher klar und wird jetzt um so deutlicher, die Finanzplanung ist und bleibt unseriös. Je nach Wetterlage werden entweder die gestiegenen Sicherheitsauflagen oder die bösen Neu-

bauegner, die angeblich durch ihre Klagen die Prozesskosten nach oben treiben, für die Kostensteigerung verantwortlich gemacht. Erhebliche Mehrkosten durch das Raumordnungsverfahren, die Planfeststellung und Verwaltungsgerichts- und Notifizierungsverfahren hätten schon lange bekannt sein müssen. So gilt beispielsweise eine veränderte EG-Verordnung zwar erst ab April 2010, sie



Fortsetzung von S. 1

Obwohl diese Atomkraftwerke in den letzten Jahren in aller Regel keinen Strom produziert haben, ist Deutschland unter dem Strich Stromexportland geblieben. Damit ist klar: Wir brauchen diese Atomkraftwerke nicht!

ATOMENERGIE IST KEINESFALLS UNVERZICHTBAR

Das war aber auch ein deutliches Signal dafür, dass die Menschen nicht wollen, dass weiter Atommüll ohne Ende produziert wird – der eine Million Jahre lang strahlen wird und dessen Endlagerfrage bis heute ungelöst ist. Allen, die der Auffassung sind, dass die Atomenergie unverzichtbar ist – was nicht stimmt –, und dass sie unterm Strich verantwortbar betrieben werden kann, denen kann man nur einen Blick in das abgesoffene sogenannte Endlager Asse empfehlen, das nicht 1 Million Jahre gehalten hat. Im Gegenteil das „Endlager“ ist schon nach 20 Jahren so marode, dass der Müll – übrigens auf Kosten der Allgemeinheit und nicht auf Kosten der Energiekonzerne, die ihre Profite gemacht haben – wieder an die Oberfläche geholt werden

muss. Wir wissen weiterhin nicht, wohin damit.

CDU UND FDP VERTRETEN LOBBY INTERESSEN

Die Demonstrationen haben aber auch etwas anderes gezeigt: Der Atomausstieg hatte eine gesellschaftlich befriedende Wirkung. CDU und FDP sind gerade dabei, diesen Frieden aufzukündigen – gegen die Mehrheit der Bevölkerung. Es ist so, dass die Bundesregierung und auch die Landesregierung in den letzten Jahren die Lobby-Interessen von vier großen Atomkonzernen, die ihre Altreaktoren weiter als Gelddruckmaschinen benutzen wollen, bedient hat und sonst nichts.

Nach diesem deutlichen Zeichen muss den Schwarz-Gelben allerdings bewusst sein, dass, wenn sie wirklich allen Ern-

tes die Hand an das Atomgesetz und damit an den Atomausstieg legen, sie sich dann gegen die Mehrheit der Bevölkerung stellen. Die befriedende Wirkung wäre dann nicht mehr vorhanden und ein alter Großkonflikt würde wieder auftauchen. Die Demonstrationen sollten CDU und FDP zeigen, dass man am planmäßigen Atomausstieg festhalten sollte – auch aus Gründen des gesellschaftlichen Friedens in der Bundesrepublik Deutschland.

AM ATOMAUSSTIEG MUSS FESTGEHALTEN WERDEN

Weitere Informationen zum Thema finden Sie unter:

www.gruene-fraktion-hessen.de -
Themen - Energie

Atomausstiegsgesetz und Bundesrat?

Die CDU/FDP Bundesregierung möchte die längeren Laufzeiten von Atomkraftwerken jetzt ohne Zustimmung des Bundesrates durchsetzen. Die Argumentation ist, dass der Ausstieg ja auch ohne Zustimmung beschlossen wurde und dass das ja dann auch für die Verlängerung gelten müsse. CDU und FDP haben jedoch damals vehement gegen eine Umsetzung des Ausstiegs ohne Zustimmung des Bundesrates protestiert, es gab sogar eine Bundesratsinitiative (Dr. 7/1/02 vom 31.01.2002). Das sich jetzt Bundesländer für weniger Mitspracherecht einsetzen, ist ein einmaliger Vorgang.

INKLUSION MUSS SCHULE MACHEN

Tagung der GRÜNEN zeigt: Ein Konzept zur Umsetzung der UN-Konvention muss her

Die Frankfurter Stadtfraktion und die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatten am 7. Mai zu einer Tagung nach Frankfurt eingeladen. Das Thema lautete „Inklusion muss Schule machen - Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Hessen“.

Die Veranstaltung war mit über 160 Teilnehmerinnen und Teilnehmern außerordentlich gut besucht. Die Expertinnen und Experten kamen aus Wissenschaft, von Schulen und Elternverbänden, vom Hessischen Landkreistag und aus dem Land Bremen. Das Ergebnis der Tagung ist eindeutig: Inklusion ist machbar und die Politik muss jetzt endlich die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen. Experten aus den verschiedensten

Bereichen haben bei unserer Fachtagung dargestellt, dass und wie Inklusion erfolgreich funktionieren kann und welche Möglichkeiten der Umsetzung es gibt. Wir sind davon überzeugt, dass Inklusion Schule machen muss und wollen endlich auch von der Landesregierung konkrete Konzepte zum Erreichen dieses Ziels sehen.

FRAU HENZLER MUSS ENDLICH EIN KONZEPT ERARBEITEN

Jetzt ist Kultusministerin Dorothea Henzler (FDP) aufgefordert, endlich ernsthaft mit der Erarbeitung eines Konzepts zur Umsetzung der UN-Konvention zu beginnen und das im Artikel 24 festgeschriebene Recht von Menschen mit

Behinderung auf inklusive Bildung umzusetzen. Ein Jahr nach der Unterzeichnung der UN-Konvention darf es nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um das Wie der Umsetzung gehen.

157 ABGELEHNT ANTRÄGE SIND SKANDALÖS

Leider beschäftigt sich Kultusministerin Henzler nicht nur nicht mit der Umsetzung der UN-Konvention, sie tritt den Elternwillen nach mehr Inklusion an unseren Schulen weiter mit Füßen. Die 157 im aktuellen Schuljahr abgelehnten Anträge auf Beschulung von behinderten Kindern an Regelschulen zeigen das mangelnde Engagement der Landesregierung in dieser Frage.



ENQUETE-KOMMISSION ZUR FLUGLÄRMBELASTUNG

Die gesundheitlichen Folgen von Fluglärm sollen genau untersucht werden

Dass Lärm und - aufgrund der besonderen Gegebenheiten bei der Entstehung - insbesondere Fluglärm, Auswirkungen auf die Gesundheit hat, kann grundsätzlich als bewiesen angesehen werden. Deswegen haben wir gemeinsam mit der SPD eine Enquete-Kommission eingesetzt und wollen damit die gesundheitlichen Folgen von Fluglärm im besonders belasteten Rhein-Main-Gebiet systematisch untersuchen. Gerade in Hessen mit dem Frankfurter Flughafen muss sich die Politik ein klares, wissenschaftlich fundiertes und unabhängiges Bild zu dieser Frage verschaffen und daraus Maßnahmen zum bestmöglichen Gesundheitsschutz der Bürgerinnen und Bürger ableiten.

FLUGVERBOT HAT GEZEIGT WIE RUHIG ES SEIN KÖNNTE

Ausgelöst durch die jüngst vom Umweltbundesamt veröffentlichte Studie von Prof. Dr. Greiser zum Erkrankungsrisiko durch nächtlichen Fluglärm wird derzeit bundesweit eine Debatte geführt, die ganz besonders auch die hessische Politik aufnehmen muss. Das sechstägige Flugverbot am Frankfurter Flughafen, das durch den isländischen Vulkan Eyjafjallajökull ausgelöst wurde, hat zudem den Menschen im ganzen Rhein-Main-Gebiet gezeigt, wie ruhig es ohne Fluglärm ist.

Nachdem die Landtagsmehrheit die sorgfältige Behandlung des Themas verweigert und nicht einmal einer Anhörung zugestimmt hat, nehmen wir jetzt das Minderheitenrecht zur Einsetzung einer Enquetekommission in Anspruch. Denn die hessische Politik darf sich vor ihrer Verantwortung für die Menschen, die rund um den Flughafen leben und auch schlafen wollen, nicht drücken.

Mit ihrem Wortbruch zum Nachtflugverbot ignorieren CDU und FDP die gesundheitlichen Belange der Bevölkerung – kein Wunder, dass sie das Thema ins-

gesamt möglichst totschweigen wollen. Dies werden wir durch die Enquetekommission verhindern, die unabhängig von den Interessen der

WORTBRUCH DER LANDESREGIERUNG

Luftverkehrswirtschaft die vorliegenden Erkenntnisse aufarbeitet und damit einen Beitrag zur Transparenz leistet.

Insgesamt soll die Enquete-Kommission Folgendes leisten:

- eine Bestandsaufnahme der aktuellen Fluglärmsituation und der Kritik daran,
- eine Sichtung und Bewertung der Gutachten zur Fluglärmsituation, die zu den diversen Stufen des Ausbaugefahrens erarbeitet wurden,
- eine Analyse der aktuellen Studien zu den gesundheitlichen Auswirkungen von Fluglärm und des insgesamt erreichten Standes der Lärmwirkungsforschung,
- die Erarbeitung von Vorschlägen, die zur Vorsorge vor gesundheitlichen Risiken durch Fluglärm umzusetzen sind.

Bei der Arbeit der Enquetekommission geht es um eine ebenso kritische wie



Fluglärm hat Auswirkungen auf die Gesundheit.

aber auch handlungsorientierte Aufarbeitung des aktuellen Wissens zu den gesundheitlichen Auswirkungen des Fluglärms und insbesondere des nächtlichen Fluglärms. Damit kann man – notfalls auch gegen die Verschleierversuche der Luftverkehrswirtschaft – der Bevölkerung klare Informationen über den Fluglärm und seine Folgen geben. Und wir wollen deutlich machen, dass die Politik Verantwortung dafür hat, dass die gesundheitlichen Risiken des Fluglärms nicht nur kontinuierlich beobachtet, sondern auch wirksam gesenkt werden.

Weitere Informationen zum Thema finden Sie unter:

www.gruene-fraktion-hessen.de -
Themen - Frankfurter Flughafen

ENQUETE-KOMMISSION?

Enquete-Kommissionen sind fraktionsübergreifende Vereinigungen denen auch externe Sachverständige angehören und die von Bundestag oder einzelnen Landtagen eingesetzt werden, um langfristige Fragestellungen zu lösen, in denen unterschiedliche juristische, ökonomische, soziale oder ethische Aspekte abgewogen werden müssen.

Enquete-Kommissionen setzen sich aus Abgeordneten aller Fraktionen und externen Sachverständigen zusammen, wobei beide Gruppen gleichberechtigt sind. Rein sprachlich betrachtet, bedeutet Enquete-Kommission im Grunde Untersuchungsausschuss, allerdings sind beide nicht zu vergleichen. Eine Enquete-Kommission wird themenrelevant einberufen und soll sich möglichst umfassend und vollständig über das vorgegebene Thema informieren.

Zum Ende einer Enquete-Kommission wird ein Abschlußbericht erstellt, der zwar einzelne Vorschläge für zukünftige Gesetzeskomplexe enthalten kann, welche aber erst von Parlament oder Regierung aufgegriffen werden müssen und keinen verbindlichen Charakter besitzen.



KONZEPTE FÜR HESSEN: DIE NEUE SCHULE

Für die Schule von morgen statt der Fortsetzung des Schulkampfs von gestern

Wir GRÜNE wollen längeres gemeinsames Lernen bis zum Ende der Mittelstufe. Wir sind überzeugt, dass damit in der Breite, bei den besonders Begabten und bei Schülerinnen und Schülern mit schulischen Schwierigkeiten bessere Ergebnisse als bislang erzielt werden können. Das PISA-Siegerland Finnland macht vor, wie es geht.

Wir GRÜNE werden diesen Weg aber nicht von oben verordnen oder einzelnen Schulen vorschreiben. Schulformen müssen vielmehr von den Schulgemeinden vor Ort ausgehen und von ihnen getragen werden.

Seit Jahren und Jahrzehnten wird in Hessen die Auseinandersetzung zwischen Befürwortern des gegliederten Schulsystems und Anhängern von längerem gemeinsamem Lernen teilweise ideologisch geführt. Die Frage der praktischen Umsetzbarkeit ist dabei oft in den Hintergrund getreten. Wir GRÜNE haben uns mit unserem Konzept für eine Neue Schule die Mühe gemacht, den Weg zu längerem gemeinsamen Lernen sehr präzise und umsetzbar zu beschreiben. In den kommenden fünf Jahren wollen wir es der Hälfte der weiterführenden Schulen auf freiwilliger Basis ermöglichen, sich zu Neuen Schulen weiterzuentwickeln. Diese Neuen Schulen zeichnen sich durch folgende inhaltliche und qualitative Weiterentwicklung des schulischen Angebots aus:

ALLE ABSCHLÜSSE AN EINER SCHULE

Die „Neuen Schulen“ bieten alle Bildungsabschlüsse der Sekundarstufe I und die allgemeine Hochschulreife (als G9 und nicht G8).

LÄNGER GEMEINSAM LERNEN

In den „Neuen Schulen“ lernen Schülerinnen und Schüler in der Regel gemeinsam bis Klasse 9 bzw. 10.



Die Zeit ist reif: Mit dem Konzept „Neue Schule“ von den bei Pisa erfolgreichen Ländern lernen

KEINE KLASSE MIT MEHR ALS 25 SCHÜLERINNEN/SCHÜLERN

In den Neuen Schulen, die sich für die pädagogisch aufwändigere Binnendifferenzierung entscheiden, wird die Klassenhöchstgrenze auf 25 Schülerinnen und Schülern gesenkt.

BEDARFSGERECHTES GANZTAGSANGEBOT

Die Neuen Schulen erhalten die notwendigen Mittel um durch ganztägige Angebote pädagogische Freiräume zu eröffnen, auf die Stärken und Schwächen jedes Einzelnen besser eingehen zu können und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern.

FÖRDERUNG STATT QUERVERSETZUNG UND SITZEN BLEIBEN

Anstelle dieser demotivierenden und pädagogisch weitgehend wirkungslosen Instrumente tritt die individuelle Förderung jedes einzelnen Schülers.

VERNETZUNG VON SCHULE, JUGEND- UND SOZIALARBEIT

Schulträger, die am Landesprogramm Neue Schule partizipieren wollen, müssen ein Konzept zur besseren Vernetzung vorlegen.

www.gruene-fraktion-hessen.de -
Konzepte für Hessen

KONZEPTE FÜR HESSEN?

Hessen braucht neue Antworten auf die wichtigen gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit. Die Grünen wollen Alternativen zur schwarz-gelben Politik aufzeigen und Antworten geben: mit innovativen, manchmal auch provokanten und für die Gesellschaft relevanten Konzepten.

Mit neuen Konzepten bekräftigen wir unseren selbstbewussten Anspruch, die ökologische, soziale und progressive Kraft der Linken Mitte zu werden. Es ist Zeit für grüne Konzepte, um Hessen fit für die Zukunft zu machen.

Unsere Maxime lautet deshalb: Konzepte für Hessen – Mit Grün geht's besser!

Tarek Al-Wazir - Fraktionsvorsitzender

KONZEPTE FÜR HESSEN:
MIT GRÜN GEHT'S BESSER



KONZEPTE: KINDERGÄRTEN ZU BILDUNGSGÄRTEN

Qualitätsoffensive für Kindergärten und bessere Übergänge in die Grundschule

Die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert eine Qualitätsoffensive für Kindergärten und bessere Übergänge vom Kindergarten zur Grundschule. Dazu haben wir in einem Konzept „Kindergärten zu Bildungsgärten – Übergänge verbessern! Den Bildungs- und Erziehungsplan umsetzen“ dargelegt, wie die Arbeit in den Kindergärten qualitativ noch weiter verbessert werden kann. Im Mittelpunkt der Qualitätsoffensive sollen die Kindergärten als eigene Bildungs- und Erziehungsinstitution mit eigenem pädagogischen und methodischen Auftrag stehen.

WIR BRAUCHEN KEIN G8 FÜR KINDERGÄRTEN

Was wir nicht brauchen ist ein Schulvorbereitungsjahr, wie es die CDU/FDP-Landesregierung plant. Eine neue Struktur bei den Kindergärten zu entwickeln, wäre kontraproduktiv. Schon jetzt fehlen Betreuungs- und Ganztagsplätze. Es gibt zu wenige Erzieherinnen und Erzieher und die Gruppen sind zu groß. Hier muss die Qualität verbessert und nicht durch einen neuen großflächigen Strukturfeldversuch in 3900 Einrichtungen mit Beschäftigten, Eltern und Kindern ein G8 für die Kindergärten heraufbeschworen werden.

Im einzelnen beinhaltet das Konzept „Kindergärten zu Bildungsgärten“ folgendes:

UMSETZUNG DES BILDUNGS- UND ERZIEHUNGSPLANS

Der Bildungs- und Erziehungsplan muss durch die längst überfällige verbindliche Rahmenvereinbarung mit den Kommunen und Kreisen endlich umgesetzt werden. Hierzu soll es vom ersten Kindergartenjahr an verbindliche Methoden geben. Bereits im ersten Kindergartenjahr sollen die Stärken und Schwächen jedes Kindes erfasst werden, was zu einer verbindlichen Bildungsdokumentati-

on führen soll. So können die drei Kindergartenjahre gezielt zur individuellen Förderung des Kindes genutzt werden. Die schon existierenden Beispiele einer modernen Elternarbeit sollen von Land gefördert und so für hessenweite Impulse gesorgt werden.

ÜBERGANGSMANAGEMENT KINDERGÄRTEN ZU SCHULEN

Zwischen Kindergärten und Grundschulen muss es verbindliche Vereinbarungen und eine professionelle Koordination geben, um den Übergang zwischen Kindergarten und Grundschule besser zu gestalten. Anstatt die Kindergärten zu verschulen, soll es für die ersten beiden Schuljahre überall flexible Eingangsstufen an den Grundschulen geben. In ihnen können die Kinder je nach Entwicklungsstand zwischen einem und drei Jahren gefördert werden. Damit einher geht der Ausbau von Grundschulen zu Ganztagschulen. Der Anteil von Grundschulen mit Ganztagsangeboten lag im Schuljahr 2009/2010 erst bei 16 Prozent.

VERBESSERTERTE BEDINGUNGEN DURCH BESSERE RESSOURCEN

Dieses Konzept funktioniert nicht allein durch mehr Geld, aber eine Aufwertung der Kindergärten wird nicht ohne verbesserte Ressourcen stattfinden können. Dies bedeutet mehr finanzielle Mittel für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erzieher, kleinere Gruppen und bessere Personalschlüssel, mehr Vorbereitungszeit und Stundendeputate für Erzieherinnen, ein Sofortprogramm für die Ausbildung, um den Notstand zu bekämp-



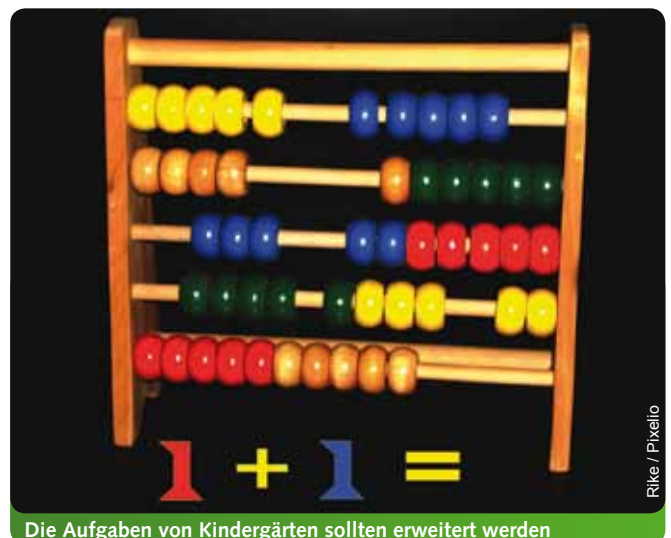
fen und eine Verbesserung der Qualifikation für Erzieherinnen und Erzieher mit Leitungsfunktion herbeizuführen.

DIE INSTITUTION KINDERGÄRTEN AUFWERTEN

Wer die Kinder besser fördern will, muss die Institution Kindergarten aufwerten, die Übergänge zur Grundschule und die ersten Jahre in der Grundschule gezielt verbessern. Das letzte Kindergartenjahr zu verschulen, wird weder dem Entdecker- und Lernrang der Kinder noch den Vorstellungen der Eltern gerecht. Die Kinder brauchen eine bessere Chance von Anfang an und nicht erst im letzten Kindergartenjahr. Ein G8 in den Kindergärten lehnen wir entschieden ab.

Weitere Informationen zum Thema finden Sie unter:

www.gruene-fraktion-hessen.de -
Themen - Kinder



Die Aufgaben von Kindergärten sollten erweitert werden



UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS POLIZEICHEF-AFFÄRE Innenminister Volker Bouffier (CDU) in Erklärungsnot

Die nach Bekanntwerden der Polizeichef-Affäre vom Innenminister nachträglich konstruierte Legende vom angeblich neuen Auswahlverfahren bei der Besetzung des Präsidenten des Hessischen Bereitschaftspolizeipräsidiums ist im Untersuchungsausschuss nach unserer Ansicht wie ein Kartenhaus in sich zusammengefallen.

EINE OBJEKTIVE BEWERTUNG WAR NIE BEABSICHTIGT

Schon vor der Ausschreibung der Stelle im Dezember 2007 habe Minister Bouffier Herrn Ritter mitgeteilt, dass er dessen Mitbewerber Langecker „vorne sehe“. Dies ist – nachdem bereits zuvor festgestellt wurde, dass bereits im November 2007 der Entwurf einer entsprechenden Kabinetttvorlage gefertigt wurde – der zweite Beleg dafür, dass

Minister Bouffier von Anfang an auf seinen Parteifreund Langecker festgelegt war. Und diese Vorfestlegung zeigt, dass eine objektive Bewertung von Eignung, Befähigung und Leistung nie beabsichtigt war.

KEINE INFORMATION ÜBER ZWEITES AUSWAHLVERFAHREN

Herr Ritter hat für uns schlüssig und nachvollziehbar von den Gesprächen mit Innenminister Bouffier und Staatssekretär Rhein berichtet. Demnach habe er niemals seine Bewerbung zurückgezogen, niemals erklärt, auf Rechtsmittel zu verzichten und sei niemals über das angebliche zweite Auswahlverfahren informiert worden. Wenn das stimmt, dann haben Bouffier und Rhein im Innenausschuss eindeutig die Unwahrheit gesagt.

BOUFFIER HAT DEN LANDTAG FALSCH INFORMIERT

Schließlich hatte Minister Bouffier den Landtag offenbar auch über den wahren Verlauf des Gesprächs mit Herrn Ritter am 7. Juli 2009 falsch informiert. Er habe – so Ritter – diesem nicht mitgeteilt, dass er wenige Minuten zuvor Herrn Langecker ernannt hatte. Zur Schädlichkeit einer Farce von Auswahlverfahren kommt auch noch die Schädlichkeit, dem Mitbewerber den Rechtsschutz zu versagen und ihn darüber zu täuschen. Sollten sich alle diese Erkenntnisse bewahrheiten ist ein Innenminister Volker Bouffier nicht einmal für die affärenbelastete CDU/FDP-Landesregierung tragbar.

*www.gruene-fraktion-hessen.de -
Themen - Innenpolitik*

FRAUENPOLITIK - FRAUENTAG - GIRLS' DAY Beseitigung von Ungerechtigkeit bleibt auf der Tagesordnung

Frauenpolitik ist trotz aller Erfolge in den letzten Jahrzehnten immer noch ein Kernthema der GRÜNEN Politik. Gesetze, die die gleich berechnete Mitwirkung von Frauen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik sicherstellen, sind leider immer noch notwendig, um endlich die Gleichberechtigung der Frauen tatsächlich zu erreichen.

LOHNUNTERSCHIEDE ZWISCHEN MÄNNERN UND FRAUEN

Nach wie vor ist die eigenständige Existenzsicherung von Frauen im Arbeitsleben und sozialen Sicherungssystemen nicht erreicht. Gerade in Deutschland haben wir – entgegen des europäischen Trends – ständig wachsende Lohn- und Gehaltsunterschiede zwischen Frauen und Männern trotz gleicher oder ähnlicher Arbeit. Und in Führungsgremien von Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Kirche sind

Frauen kaum vertreten. Eine neue Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung stellt fest, dass in der Führung von 186 der 200 größten Unternehmen überhaupt keine Frau vertreten ist und nur eine einzige hat es zur Vorsitzenden gebracht.

Wir wollen das natürlich ändern und auch Veranstaltungen wie der Girls' Day und unser Empfang zum Internationalen Frauentag sollen dazu beitragen. Wissen und Vernetzung der Frauen sind eben sehr wichtig, um solche Ziele zu erreichen.

30 PLÄTZE WAREN SEHR SCHNELL AUSGEBUCHT

Deswegen haben wir uns gefreut 30 Mädchen zum Girls' Day im Landtag begrüßen zu können. Wie jedes Jahr waren



die 30 Plätze schon nach kurzer Zeit ausgebucht. Mit einem breit gefächerten Programm wollten wir den Mädchen zeigen, wie sie in der Männerdomäne Politik Fuß fassen können. Höhepunkt war das interaktive Parlamentsspiel, bei

dem die Mädchen im Plenarsaal selbst Anträge stellen, diskutieren und abstimmen konnten.

Der jährliche Empfang zum Internationalen Frauentag soll auch dazu dienen, die weiblichen Abgeordneten der Fraktion kennenzulernen, aber insbesondere auch Netzwerke zu schaffen und Erfahrungen auszutauschen. Damit sind solche Veranstaltungen, neben allen notwendigen Maßnahmen der Gesetzgeber, ebenfalls Bausteine um künftig die Position von Frauen in unserer Gesellschaft nachhaltig zu verbessern.



EINGETRAGENE LEBENSPARTNERSCHAFTEN

Die Gleichstellung ist ein Erfolg der Vernunft und sie ist auch ein GRÜNER Erfolg

Endlich wird wahr, wofür wir so lange gekämpft haben: Die eingetragenen Lebenspartnerschaften homosexueller Menschen werden im Landesrecht endlich, endlich mit der Ehe gleichgestellt. Aus unserer Sicht wurde das auch höchste Zeit. Die Gleichstellung ist ein Erfolg der Vernunft und vor allem eine gute Nachricht für die betroffenen Menschen.

DER ERSTE GESETZENTWURF WURDE 2007 VORGELEGT

Unseren ersten Gesetzentwurf zur Gleichstellung haben wir am 9. Mai 2007 vorgelegt. Dieser wurde von der CDU vollständig und von der FDP hinsichtlich der beamtenrechtlichen Gleichstellung bei Besoldung, Versorgung und Beihilfe abgelehnt. Den zweiten Gesetzentwurf haben wir am 10. April 2008 eingebracht. Im Ausschuss wurde der Entwurf von der CDU abgelehnt, die

FDP enthielt sich kraftvoll der Stimme. In dieser Wahlperiode haben wir wiederum als erste einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Gleichstellung umsetzen sollte. Dass jetzt im Ergebnis mit großer Mehrheit beschlossen wurde, was wir immer wieder beantragt haben, ist das ein großartiger Erfolg der GRÜNEN.

GLEICHE PFLICHTEN MUSS GLEICHE RECHTE BEDEUTEN

Die eingetragene Lebenspartnerschaft ist eine auf Liebe gegründete und grundsätzlich auf Dauer angelegte Lebens-, Beistands- und Schicksalsgemeinschaft, eben wie die Ehe auch. In beiden Fällen werden die gleichen Pflichten begründet und es ist aus unserer Sicht nur konsequent, dann auch die gleichen Rechte einzuräumen.



Ehe und Lebenspartnerschaft gleichen sich in vielem

Wir haben nicht die Illusion, dass mit der Beschlussfassung die Diskriminierung von homosexuellen Menschen vollständig beseitigt werden kann. Aber es ist ein weiterer Schritt von der Diskriminierung über die rechtliche Gleichstellung zu mehr gesellschaftlicher Akzeptanz.

www.gruene-fraktion-hessen.de -
Themen - Schwule & Lesben

KURZ NOTIERT

THEMEN DER WOCHE

Als neuen Service bieten wir jetzt einen Podcast zu einem aktuellen Thema der Woche an. Wir wollen damit den Bürgerinnen und Bürgern Politik wieder ein Stück näher bringen. Das jeweils aktuelle Thema findet sich auf unserer Webseite:

www.gruene-fraktion-hessen.de

ANTI-NAZI-DEMO WIESBADEN

Wir fordern Aufklärung über den massiven Polizeieinsatz bei einer Demonstration am 8. Mai in Wiesbaden-Erbenheim. Ein großes Bündnis von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen hatte zur Demonstration gegen einen geplanten Naziaufmarsch in Wiesbaden-Erbenheim aufgerufen. Abgeordnete der Fraktion, die selbst vor Ort waren, kritisieren, dass die Gegendemonstranten Körperkontrollen über sich ergehen lassen mussten und zum Teil durch Einkesselung massiv bedrängt wurden. Ein solcher Polizeieinsatz muss verhältnismäßig sein, schließlich leitet sich das Demonstrationsrecht direkt aus der Verfassung der Bundes-

republik ab. Wir sehen ihn als nicht verhältnismäßig an und werden den zuständigen Innenminister Bouffier im Innenausschuss dazu befragen.

NEUER MITARBEITER

Wir freuen uns mit Carsten Schlosser unseren neuen Referenten für Umwelt (Klima- und Naturschutz), Energie, Verkehr, Landesentwicklung, Tierschutz begrüßen zu können. Carsten Schlosser übernimmt damit die Stelle von Tobias Zeller, der uns am Ende des vergangenen Jahres verlassen hatte, um in der Entwicklungshilfe tätig zu werden. Wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit.

DEMO HOCHSCHULPAKT

„Intelligent sparen heißt: Nicht an der Intelligenz sparen!“ Das war das Motto der GRÜNEN, die sich an der Demonstration gegen den Hochschulpakt in Wiesbaden beteiligt haben. An der Demonstration am 11. Mai in Wiesbaden haben mehr als 10.000 Personen teilgenommen. Kritisiert wurden insbesondere die Kürzungen von 30 Millionen Euro im Bereich der Lehre, aber auch

die Vorgehensweise der Ministerin bei den Verhandlungen über den Hochschulpakt. Inzwischen ist der Pakt unterschrieben, in einer Note zum Protokoll der Unterzeichnung haben sich jedoch 8 von 10 Hochschulpräsidenten dahingehend geäußert, dass es sich hier nicht um Verhandlungen sondern um ein Diktat des Ministeriums gehandelt habe.

IMPRESSUM

Herausgeberin

Landtagsfraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Tel.: 0611/350 582
E-Mail: gruene@ltg.hessen.de

V.i.S.d.P.

Mathias Wagner
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion & Layout

Till Haupt

Fotos

Eigene, pixelio.de

Druck: Mai 2010